

# #noPAG

## 10.5.2018 13 Uhr Marienplatz München Nein! zum neuen bayerischen Polizeiaufgabengesetz

Kein Angriff auf unsere Freiheits- und Bürgerrechte Die CSU und die Staatsregierung rüsten die Bayerische Polizei auf. Nicht nur mit Waffen und Granaten, wie in der Vergangenheit, sondern vor allem mit Gesetzen. Im August 2017 wurden durch das sogenannte Gefährdengesetz die Befugnisse der Polizei bereits extrem ausgeweitet. Mit der Neuordnung des Polizeiaufgabengesetzes will die CSU jetzt noch viel weiter gehen

Der Begriff der „drohenden Gefahr“ als Eingriffsschwelle, die elektronischen Fußfessel, die Polizei darf Personen in eine präventive „Unendlichkeitshaft“ nehmen – da diese Ingewahrsamnahme in Dreimonatszyklen immer wieder durch zuständige Richter verlängert werden kann, sie kann Kontaktverbote, Aufenthaltsgebote und Aufenthaltsverbote aussprechen, Abhören von Telefonen und Öffnen von Post auch ohne Anzeichen einer Straftat, Einsatz von V-Leuten – Freunde und Nachbarn können als Polizeispitzel für verdeckte Ermittlungen eingesetzt werden, Verschlechterung des Schutzes von Berufsheimlichkeitsgeheimnissen wie Journalisten oder Juristen – Quellen und Mandanten sind nicht mehr umfassend geschützt Durchsuchen sogenannter Cloud-Speicher und Mitwirkungspflicht von Dritten beim Entschlüsseln von Daten (z.B. durch Herausgabe von Schlüsseln und Codes), Einsatz von Drohnen und Bodycams Automatisierte Videoüberwachung, etwa mit intelligenter Mustererkennung – das ist die Realisierung von „Big Brother is watching you“. Online-Durchsuchung mit einem direkten Zugriff der Polizei auf private Computer Einsatz von Staatstrojanern (Spionagesoftware, die Informations- und Kommunikationsdaten abgreifen und verändern kann) DNA-Analyse als erkennungsdienstliche Maßnahme und die Möglichkeit der Analyse von DNA-Spuren an Tatorten, um Rückschlüsse auf Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie andere biogeographische Daten zu ziehen.

Viele dieser Maßnahmen dürfen bereits seit August 2017 auch ohne konkreten Tatverdacht angewendet werden. Es genügt bereits eine sogenannte drohende Gefahr, das heißt die Möglichkeit, dass jemand zum Täter werden könnte, um vielfältige, massiv in die Bürgerrechte einschneidende Überwachungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

10. Mai 2018  
um 13 Uhr an Himmelfahrt  
Marienplatz München  
Am Vatertag  
Grundrechte verteidigen!

